



„Es ist relevant und wichtig, dass ihr euch einbringt.“ Lisa Paus warb in der Diskussion für das Wahlrecht ab 16 und die EU.

Lokales

5. März 2024 | Seite 13

⌚ 4 min.

## Schüler löchern Ministerin mit Fragen zur EU

Am EU-Projekttag besucht Bundesfamilienministerin Lisa Paus die Kilian-von-Steiner-Schule

Von Thomas Werz

Laupheim

Bei der diesjährigen Europawahl dürfen erstmals 16-Jährige wählen. Grund genug, sich an Schulen intensiver mit Europa und der Europäischen Union auseinanderzusetzen. Zum 18. EU-Projekttag an Schulen hat die Kilian-von-Steiner-Schule dazu prominenten Besuch aus Berlin empfangen. Eine Stunde lang stellte sich die Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) den Fragen der Schülerinnen und Schüler.

Zwischen der Fastenpredigt auf dem Bussen am Sonntag und der Eröffnung der Wanderausstellung des Deutschen Bundestags in der Kreissparkasse in Biberach war Paus der Einladung ihrer Laupheimer Fraktionskollegin Anja Reinalter an die Laupheimer Kilian-von-Steiner-Schule (KVS) gefolgt.

Von der Kinderarmut über die europäische Agrar- und Klimapolitik, dem Rechtsruck in der Gesellschaft bis zum Zwist in der Ampel-Koalition: Die Schüler hatten sich für die einstündige Diskussion mit der Familienministerin gut vorbereitet - auch wenn die meisten Fragen nicht direkt das Ressort der Bundesministerin betrafen.

Paus warb eingängig bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen für Europa und das Wahlrecht ab 16. Gerade in „politisch bewegten Zeiten“ brauche es eine starke EU. „Das ist kein Spaßparlament, da geht es um was“, sagte Paus. Das Wahlrecht ab 16 habe den Vorteil, die Perspektive der jungen Leute stärker zu berücksichtigen. „Ein Drittel der Wähler sind über 60. Die Boomer-Generation hatte immer die Macht qua Masse“, so Paus, selbst Jahrgang 1968. „Es ist relevant und wichtig, dass ihr euch informiert und einbringt.“

Auf die Frage, was sie als Familienministerin ganz konkret mit der EU zu tun habe, erklärte die Ministerin, dass ihr Ressort nicht so viele europäische Zuständigkeiten habe. Es kümmere sich aber beispielsweise auf EU-Ebene um das Erasmus-Austauschprogramm oder die Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Paus verwies auch auf die Wichtigkeit zur Bekämpfung von Kinderarmut in Deutschland und der EU. Hier gehe es neben der materiellen Armut auch um die soziale Teilhabe. Um der Ausgrenzung und Stigmatisierung von Kindern entgegenzuwirken, brauche es die Kindergrundsicherung. „Kein Kind kann was für seine Eltern“, so Paus. Und daher dürften auch die Zukunftschancen der Kinder nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängen.

Eine Schülerin fragte, warum das Kollegialprinzip zwischen den Regierungsparteien nicht funktioniere. „Wir haben in den zwei Jahren viel geschafft, aber wir reden zu viel über die Dinge, die wir nicht schaffen und das oft auch zu laut“, gab Paus zu.

Auch der Rechtsruck in der Gesellschaft und eine wachsende EU-Feindlichkeit beschäftigten die Diskussionsrunde. „Was ist denn ihre Meinung zur AfD?“, wollte ein Schüler wissen. Als Bundesministerin müsse sie neutral sein, so Paus. Doch der Verfassungsschutz habe zwei Landesverbände und die Jugendorganisation „Junge Alternative“ als rechtsextrem einstuft und prüfe aktuell, die gesamte Partei als gesichert rechtsextrem einzustufen. Ein Erstarren der AfD und deren europafeindlicher Kurs habe laut Paus auch für die deutsche Wirtschaft negative Auswirkungen. „Die EU ist wichtig, und wir profitieren wirtschaftlich überproportional“, erklärte die Bundesministerin. „Mir ist wichtig, dass Ihr das mitbekommt: Wirtschaftlich wären die Pläne der AfD für Deutschland eine Katastrophe.“

Doch der Rechtsruck sei nicht nur ein deutsches Phänomen, sagte Paus und verwies auf Ungarn und Frankreich. Die multiplen Krisen sorgten bei vielen Menschen für Verunsicherung. Dazu kämen aber auch ganz gezielte Desinformationskampagnen, die von Russland gestreut werden, so Paus. Es sei erschreckend, wie viele

Falschmeldungen auf Social Media kursierten. „Eine Regierung, die streitet, ist nichts, was die Stimmung hebt“, sparte Paus jedoch nicht mit Eigenkritik, mahnte jedoch an: „Populisten haben keine Lösung. Sie wollen zerstören.“ Wichtig sei aber, an Lösungen der Probleme zu arbeiten.

Damit die KVS bei der Familienministerin in Erinnerung bleibt, bekam Lisa Paus von den Schülern einen selbst entwickelten und gebauten Outdoor-Grill überreicht. Vor die Ministerin zum Anschlussstermin nach Biberach verschwand, freute sie sich, über die aktive Beteiligung der Laupheimer Schüler. Ihr sei es wichtig zu vermitteln, was Europa ausmache als „Friedens- und Wohlstandsgarant“.

Und die Schüler? Die hatten auch Lob für die Ministerin. „Ich fand, dass sie die Fragen ziemlich gut beantwortet hat“, befand beispielsweise Nicolai, der die Ministerin zur EU-Agrar- und Umweltpolitik gelöchert hatte. Seiner Meinung nach, muss die EU zusammenhalten, es dürfe „kein Europa der Nationalstaaten geben“.